

## Konzertierte Aktion 2013 der Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen

### **„Vision einer Wirtschaft im Dienst der Gesellschaft“**

Angesichts der andauernden fatalen Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa führt die Europäische Konferenz Justitia et Pax, gestützt auf die Erfahrung 31 nationaler Kommissionen, ihre jährliche Konzertierte Aktion 2013 zur Neuordnung des Finanzsektors durch.

Die Sparpolitik der Regierungen und ihre Maßnahmen, die auf die Wiederherstellung der finanziellen Stabilität abzielen, belasten die Ärmsten am stärksten, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, so heißt es in der Erklärung zur konzertierten Aktion. Das Ergebnis sei nicht nur der Verlust von Einkommen, sondern ein Zusammenbruch des Vertrauens und ein Gefühl der Entfremdung von der Gesellschaft, das letztlich die Grundlagen der Demokratie bedrohe. Ein "ethischer Zusammenbruch auf allen Ebenen der Weltwirtschaft, die zunehmend von Utilitarismus und Materialismus dominiert wird" wird mit dem Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden als eine der primären Ursachen der Wirtschaftskrise identifiziert. Ethische Kriterien müssten Grundlage einer Neuorientierung sein. Aus- und Weiterbildungsangebote im Wirtschafts- und Finanzsektor müssten die ethische Dimension und die Auswirkungen auf das menschliche Zusammenleben mit einem besonderen Fokus auf soziale Gerechtigkeit hervorheben.

Die Vision einer Wirtschaft im Dienst der Gesellschaft wird in der Erklärung entfaltet: „Der Finanzsektor dient der Realwirtschaft, diese steht wiederum im Dienst der Gesellschaft und hat die Aufgabe, die Würde und das Wohlergehen des Menschen zu schützen und zu fördern.“ Diese Perspektive sollte Politik und Wirtschaft anleiten.

Die wichtige Arbeit an der europäischen Integration müsse Hand in Hand gehen mit der Entwicklung von Rechtsvorschriften und Strukturen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Partizipation führen.

Auf globaler Ebene sollten Regierungen Unternehmen verpflichten, ihre Einnahmen und Ausgaben länderbezogen zu veröffentlichen. Das Problem der Steueroasen muss in einer sinnvollen Art und Weise benannt werden, wenn wir zu mehr Gerechtigkeit und einem nachhaltigen wirtschaftlichen Modell für die Zukunft kommen wollen.

Dementsprechend fordert die Konferenz der Europäischen Justitia et Pax Kommissionen ihre Regierungen dazu auf:

- einen ethischen Verhaltenskodex für Finanzinstitute zu vereinbaren, der diese zu Transparenz, Rechenschaftspflicht, Achtung der Menschenrechte, Steuergerechtigkeit und zu einer gerechten Verteilung von Gewinnen verpflichtet

- Unternehmen zur vollständigen und transparenten Offenlegung aller Aspekte ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten rechtlich verbindlich zu verpflichten und damit das Problem von Steuerflucht und Steueroasen anzugehen;
- Der Verpflichtung nachzukommen 0,7% des Bruttoinlandproduktes für die öffentlichen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen;
- Eine Finanztransaktionssteuer einzuführen, um Initiativen für internationale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit zu fördern, wie sie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und von 11 EU-Ländern angenommen wurde. Der Vorschlag sieht Steuersätze von 0,1 Prozent auf Aktien und Anleihen sowie 0,01 Prozent für Derivatkontrakte vor.

Zu der Konferenz Europäischer Justitia et Pax-Kommissionen gehören derzeit 31 nationale Justitia et Pax-Kommissionen, die von der jeweiligen katholischen Bischofskonferenz des Landes eingerichtet bzw. anerkannt wurden, unter ihnen die Deutsche Kommission Justitia et Pax. Mehr dazu unter [www.juspax-eu.org](http://www.juspax-eu.org).

Die Erklärung im Wortlaut steht als Download bereit unter [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de).

21. März 2013